

17.02.2023

Hh-Anträge **Die LINKE.** Zum Hh 2023

1. Produkt 1101 Internes Personalmanagement

wird unter Position 13 ein neues Teilprodukt "Programm Attraktiver Öffentlicher Dienst" mit 50 TEuro vorgesehen.

Begründung:

Seit Jahren sind insbesondere die Bereiche Soziales und Gesundheit in der Kreisverwaltung mit vielen unbesetzten Stellen versehen, was die Arbeit stark behindert und nachteilig für die Leistungserbringung ist. Dies nur auf die Bezahlung zurückzuführen, greift vermutlich zu kurz, denn auch außerhalb des ÖD wird teilweise in den genannten Berufsfeldern nicht besser gezahlt (Ausnahme insb. Ärztinnen und Ärzte). Deshalb soll mit externer Unterstützung und unter Einbeziehung des Personalrats und aller Beschäftigten der betroffenen Abteilungen ein gemeinsamer Prozess angestoßen werden, der nach Wegen sucht das Arbeitsumfeld für neue wie gestandene Kolleginnen und Kollegen attraktiver zu gestalten.

2. "Deutschland-Ticket" statt des bisherigen Job-Tickets für alle Beschäftigten der Kreisverwaltung und der kreiseigenen Betriebe, insbesondere auch der Kliniken

Begründung:

Die Übernahme der Kosten für das ab Mai 2023 geplante "Deutschland-Ticket", das die Nutzung des ÖPNV im gesamten Bundesgebiet ermöglicht, steigert die Attraktivität des MTK und seiner Gesellschaften als Arbeitgeber und bietet einen erhöhten Anreiz für die Beschäftigten zur Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel, was wiederum ein wirksamer Beitrag zum Klimaschutz ist.

3. Produkt 1203 Organisation, Öffentlichkeitsarbeit, Zentrale Dienste

Die beantragte Mittelerhöhung im Bereich Öffentlichkeitsarbeit um 48T Euro wird gestrichen.

Laut Vorbericht, S. 54f, werden Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit um 48T Euro für einen Tag der offenen Tür des Landratsamtes erhöht. Dieser soll aber nicht 2023, sondern erst 2024 stattfinden. Demzufolge sind die entsprechenden Mittel auch dieses Jahr nicht erforderlich.

4. Produkt 1301 Organisation/Dokumentation der pol. Willensbildung

Die Zielbeschreibung ist zu ändern/zu ergänzen:

Niederschriften von Ausschuss-Sitzungen müssen den Abgeordneten mindestens eine Woche vor

der Kreistagssitzung der jeweiligen Ausschuss-Runde zugehen.

Begründung:

Es kommt nicht nur auf die Erstellung und den Versand einer Niederschrift innerhalb einer angemessenen Frist **nach der entsprechenden Sitzung**, sondern auch auf den Zugang der Ausschuss-Niederschriften **rechtzeitig vor der Kreistagssitzung** der jeweiligen Sitzungsrunde an.

5. Produkt 1305 Kultur-Service

Ein Jugendliteraturwettbewerb soll auch ohne Beteiligung der Nele-Neuhaus-Stiftung durchgeführt werden. Hierfür sind die zusätzlichen Mittel in Höhe von 2TEuro einzustellen.

Begründung:

Angesichts der allseits beklagten fehlenden Lesekompetenz bei Jugendlichen und Erwachsenen ist ein Literaturwettbewerb ein sinnvoller Baustein, um das Interesse von Jugendlichen an Literatur und dem Lesen zu wecken. Eine solche Aktion kann und soll nicht an der Beteiligung der Nele-Neuhaus-Stiftung scheitern, weder an der finanziellen in Höhe von 2TEuro, noch an der konzeptionellen.

6. Produkt 3001 Rechtsberatung und -betreuung

Die Zielbeschreibung „Widerspruchsverfahren/Widerspruchsbescheide“ ist zu ändern.

Begründung:

“Erfolgreich abgeschlossene Widerspruchsverfahren“ ist eine unpräzise Formulierung. **Ziel sollten 100 % rechtskonforme Widerspruchs-Bescheide sein.**

7. Produkt 3003 Beteiligungsmanagement

Die Zielbeschreibung ist zu ändern.

Abgabe von Stellungnahmen einen Tag vor deren Beratung ist i.d.R. Für ehrenamtliche Mitglieder unzumutbar. Die Frist sollte auf **eine Woche** vor regulären Sitzungen heraufgesetzt werden. Da AR-Sitzungen normalerweise nicht überraschend und kurzfristig einberufen werden, sollte dies bei entsprechender Organisation möglich sein.

8. Produkt 3301 Ordnungsaufgaben

Die Zielmarke wird bezüglich der Kontrollen erlaubnispflichtiger Waffenbesitzer auf 20% erhöht.

Begründung:

2020, 2021 und auch 2022 wurden kaum Waffenbesitzer kontrolliert. Dies muss sich 2023 dringend ändern: Waffenbesitz geht mit einer großen Verantwortung einher. Die rechtsterroristischen Taten und Planungen der vergangenen Jahre allein schon in Hessen (u.a. Hanau, Dr. Lübcke, Reichsbürger-Zelle) sind zumeist mit legalen Waffen bzw. durch Menschen mit Waffenerlaubnissen durchgeführt worden. Dies belegt, dass nicht in jedem Fall von einem verantwortungsvollen Umgang ausgegangen werden kann. Um die mangelnden Kontrollen aus den Vorjahren auszugleichen, ist 2023 ein erhöhter Aufwand erforderlich. Dafür sind auch notwendige zusätzliche

personelle Kapazitäten zu schaffen.

9. Produkt 3802 Rettungsdienst und Zentrale Leitstelle

Für ein Fachkräftegewinnungs- und Qualifizierungsprogramm werden 100T Euro bereitgestellt.

Begründung:

Auch Rettungsdienste sind von einer zunehmenden Personalknappheit betroffen. Der Kreis ist in der Verantwortung die Rettungszeiten dennoch sicherzustellen. Deshalb soll zusammen mit den Trägern der Rettungsdienste ein Programm zur Fachkräftesicherung in oben genannten Umfang aufgelegt werden.

10. Produkt 5003 UN-Behindertenrechtskonvention

Die Zielbeschreibung ist zu ändern:

Unter Nr. 2 wird als neue Zielbeschreibung festgelegt:

„Der Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention im Main-Taunus-Kreis wird mit konkreten zeitlichen Zielvorgaben versehen und alle vier Jahre unter Beteiligung des Kreisbehindertenbeirats fortgeschrieben. Der Kreistag wird jährlich über die Fortschritte informiert.“

11. Produkt 5004 Grundsicherung für Arbeitssuchende (SGB II), Beschäftigungsprojekte

Unter Position 17 im Bereich „Leistungen für Unterkunft und Heizung (inkl. GU), betreutes Wohnen und für Aussiedler“ werden 400 TEuro für den Ansatz 2023 hinzugefügt.

Begründung:

Die aktuellen KdU-Werte spiegeln in keiner Weise das reale Mietniveau im MTK wider. Nach Berechnungen des Kommunalen Jobcenters aus dem September 2021 könnten mit einer Anpassung auf 10 bzw. 9,50 Euro pro Quadratmeter weitere 1.000 Bedarfsgemeinschaften aus der Zuzahlung befreit werden. Die damals dafür als notwendig ausgewiesenen 370 TEuro Mehraufwand, die zuzüglich zu der erfolgten Erhöhung aus 2022 dafür notwendig waren, werden leicht erhöht mit Blick auf die allgemeinen Kostensteigerungen dem Haushaltsansatz zugeschlagen.

12. Produkt 5007 Hilfen in anderen Lebenslagen

Es werden 100T Euro für die Schaffung eines Teilhabepasses bereitgestellt.

Begründung:

Verschiedene Gemeinden haben für Menschen im Sozialleistungsbezug bereits Sozialpässe geschaffen. Der zukünftige Teilhabepass soll diese Angebote bündeln, erweitern und so ein attraktiveres und kreisweites Angebot schaffen.

13. Produkt 5010 Förderung von Trägern der Wohlfahrtspflege

Für Frauen helfen Frauen Main-Taunus-Kreis e.V. wird zusätzlich eine Verwaltungsstelle mit 24 Stunden pro Woche auf Basis von TvÖD E9b gefördert.

Begründung:

In seinem Beschluss zur Istanbul-Konvention hat der Kreistag 2022 eine entsprechende Förderung verbindlich zugesagt. Diesem Anliegen wird hiermit Rechnung getragen.

14. Produkt 5010 Förderung von Trägern der Wohlfahrtspflege

Der Ansatz 2023 bei der "Förderung von Wohnraumvermittlungen" wird um 28T Euro wieder auf den Ansatz 2022 erhöht. Die zugrunde liegenden Leistungsvereinbarungen werden geändert, um nicht nur eine Bezahlung von Vermittlung, sondern auch Beratungsleistungen angemessen zu unterstützen.

Begründung:

Mit der Stiftung Perspektive Wohnen und weiteren Trägern hat der Kreis Leistungsvereinbarungen geschlossen, die eine vollständige Honorierung erst nach einer erfolgreichen Wohnraumvermittlung vorsehen. Bei den Zielgruppen handelt es sich aber um vulnerable Personengruppen mit hohen Beratungsbedarfen, wo eine Vermittlung keinen Automatismus darstellt. Das bisher angewendete "Maklerprinzip" wird deshalb weder den Zielgruppen noch der wichtigen Arbeit der Träger gerecht.

15. Produkt 5102 Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege

Es wird eine Koordinierungsstelle geschaffen, die gemeindeübergreifend freie Kita-Plätze und suchende Eltern zusammenführt.

Begründung:

Ausweislich des Berichts für 2021 liegt die Versorgungsquote für Kinder im Kindergartenalter bei 120%. Dies erstaunt, sind doch aus vielen Kommunen lange Wartelisten bekannt. Sofern die Zahl also stimmt, sollte im Interesse der Eltern und Kinder versucht werden, möglichst auch durch gezielte übergemeindliche Angebote die allgemeine Platzversorgung zu verbessern.

16. Produkt 5103 Kinder- und Jugendarbeit

Zur Entwicklung einer Beteiligungsformats für Kinder und Jugendliche auf Kreisebene werden 50T Euro bereitgestellt.

Begründung:

Die Reform des SGB VIII hat Mitwirkung von Kindern und Jugendlichen einen neuen Stellenwert gegeben. Gerade auf kommunaler Ebene wird die Lebensrealität von Kindern und Jugendlichen massiv geprägt. Neben verschiedenen Beteiligungsformaten einzelner Gemeinden sollte deshalb auch ein vergleichbares Format auf Kreisebene entstehen. An dessen Entwicklung sind der Jugendhilfeausschuss und Kinder und Jugendliche selbst zu beteiligen.

17. Produkt 5104 Ambulante Leistungen (sowie Stellenplan)

Zur Stärkung der Jugendhilfeplanung wird eine wissenschaftliche Stelle für eine/n Jugendhilfeplaner/in mit der Eingruppierung E14 TvöD vorgesehen (ca. 85.000 Euro)

Begründung:

Eine Stabsstelle „Jugendhilfeplanung“ im Amt 51 soll die bereits bestehenden Einrichtungen für

Kinder, Jugendliche und Familien im Kreis erfassen, Bedarfe ermitteln, die Einrichtungen vernetzen und notwendige Vorhaben rechtzeitig und ausreichend planen. Im Sinne einer integrierten Jugendhilfe- und Schulentwicklungsplanung für den Kreis soll die Stelle ausgerichtet werden damit alle Akteure in diesem Bereich in Kommunikation zueinander treten. Denn die Wissensbasis der beiden Planungssysteme (Jugend und Schule) ist die gleiche: Datenquellen, Kennzahlen, Indikatoren und die Gliederungen in geografische Räume und Institutionen.

18. Produkt 5107 Erziehungs-, Jugend- und Drogenberatung

Es werden die notwendigen Mittel bereitgestellt, um eine dritte Erziehungsberatungsstelle im Main-Taunus-Kreis einzurichten (ca. 300.000 Euro). Zielstellung ist eine Erstberatung innerhalb von 14 Tagen, die Zielbeschreibung wird dementsprechend angepasst.

Begründung:

Seit Jahren sind die bestehenden beiden Erziehungsberatungsstellen in Flörsheim und Schwalbach massiv überlastet. 73 Tage bis zu einer Erstberatung stehen dem Hilfezweck diametral entgegen. Um schnelle Abhilfe zu erreichen, soll eine dritte Erziehungsberatungsstelle geschaffen werden, wodurch sich auch die Erreichbarkeit deutlich verbessern würde.

19. Produkt 5302 Gesundheitsvorsorge und Hilfen für Kinder und Jugendliche

Zu Position 12 werden weitere 200 TEuro hinzugefügt.

Begründung:

Die 200T Euro werden genutzt um im Rahmen des Sozialpsychiatrischen Dienstes einen Kinder- und Jugendpsychiatrischen Dienst ergänzend aufzubauen. Die Versorgungslage von Kinder und Jugendlichen mit psychischen Problemen ist im Main-Taunus-Kreis seit Jahren unzureichend. Psychische Auffälligkeiten nehmen seit der Corona-Pandemie zudem zu und treffen besonders Kinder und Jugendliche. Mit einem Kinder- und Jugendpsychiatrischen Dienst kann der Kreis einen Beitrag zur besseren Versorgung und Koordinierung von Angeboten leisten.

20. Produkt 5302 Gesundheitsvorsorge und Hilfen für Kinder und Jugendliche

Die Zielbeschreibung wird wieder auf 100% der zahnärztlichen Kontrollen in Kindertagesstätten erhöht. Zudem wird der Kreis sicherstellen, dass die Schuleingangsuntersuchungen ab sofort wieder vollumfänglich gewährleistet werden.

Begründung:

Kinder- und Jugendgesundheit muss aufgrund der langfristigen Folgen bei Versäumnissen prioritär behandelt werden. Nach Aussage der Gesundheits-Dezernentin Overdick (Grüne) drohen nach dem Abklingen der Pandemie und trotz zahlreicher zusätzlicher Stellen in Folge des Pakts für den Öffentlichen Gesundheitsdienst auch 2023 erneut die Schuleingangsuntersuchungen nicht vollständig durchgeführt zu werden. Das ist mit allen notwendigen Maßnahmen zwingend zu verhindern!

21. Produkt 6302 Genehmigungsquote beim Bauen und Wohnen

Die Zielbeschreibung ist zu ändern:

Ziel kann nicht eine 95- oder 100-prozentige Genehmigungsquote sein, sondern eine 100-prozentige Einhaltung aller zu beachtenden Vorschriften. Als Ziel eine Genehmigungsquote von 95% festzusetzen ist unsinnig. Dies könnte dazu führen, dass die Qualität gesenkt wird, um die festgelegte Quote zu erreichen. Demnach könnte es zur Senkung der Qualitätsstandards kommen.

22. ÖPNV / MTV

Finanzierung Nachtbusverkehr

Es werden ausreichende Mittel eingestellt, um durch die MTV einen an die S- bzw. Regional-Bahn-Fahrpläne auch nachts abgestimmten Bus-Verkehr **zum regulären RMV-Tarif** anbieten zu können. Zusatzkostenpflichtige On-Demand-Angebote, die außerdem in den verschiedenen Städten und Gemeinden zu unterschiedlichen Konditionen angeboten werden, sind keine akzeptable Lösung.

Begründung:

Seit einiger Zeit fahren die S-Bahnen im MTK nach 1 Uhr, seit September 2018 am Wochenende auch die ganze Nacht über, und künftig sollen die S-Bahnen auch unter der Woche durchgehend fahren. Dies ist nicht nur im Sinne von Party-Gängern, sondern vor allem im Interesse von Berufstätigen, die Schicht-, Früh- oder Spätdienste leisten und ihren Arbeitsplatz mit dem ÖPNV erreichen oder nachts mit dem ÖPNV von der Arbeit nach Hause wollen. Dazu ist es aber erforderlich, dass der Bus- bzw. AST-Verkehr im MTK nicht um 24 Uhr endet und erst um 5 bzw. 6 Uhr (sonntags) wieder aufgenommen wird, die Menschen also vom S-Bahnhof mit dem ÖPNV nicht weiter bzw. dort nicht hinkommen. Ein Job-Ticket oder auch das "Deutschland-Ticket" nützen wenig, wenn sie mangels ÖPNV-Angebotes nicht genutzt werden können. Außertarifliche On-Demand-Angebote, die je nach Tageszeit an Start- und Zielort zu Zusatzkosten führen, senken die Attraktivität des ÖPNV für Pendelnde, statt sie zum Umstieg in Bus und Bahn zu motivieren.

23. GSIM

zum Wohnungsbau befähigen durch ausreichende Personalausstattung

Die GSIM ist nicht nur finanziell, sondern auch personell besser auszustatten, sei es durch die Schaffung und Besetzung neuer Stellen, sei es durch Umorganisation in der Kreisverwaltung, um größere Bauprojekte zur Schaffung von preisgedämpftem, gefördertem Wohnraum im MTK zu realisieren.

Begründung;

Für viele Menschen im MTK, die nicht zu den TOP-Verdienenden gehören, ist bezahlbarer Wohnraum im MTK knapp. Hier kann sich der Kreis nicht weiterhin mit der Begründung aus der Verantwortung stellen, für Bauleitplanung und Wohnungsbau sei er nicht zuständig! Der Kreis kann sehr wohl, z.B. über die GSIM, Wohnungsbau in den kreisangehörigen Gemeinden betreiben. Diese müssen Baugrundstücke nicht an private Investoren verkaufen, sondern auch die GSIM kann hier als Käufer oder Erbpächter auftreten, um preisgedämpften Wohnungsbau zu betreiben. Derzeit bietet sich z.B. in Hofheim mit dem Baugebiet "Römerwiesen" eine geeignete Fläche hierfür an.

Die GSIM soll daher mit ausreichendem Fachpersonal und ausreichenden finanziellen Mitteln ausgestattet werden, um sich im preisgedämpften Wohnungsbau im MTK zu engagieren. Mit mehr preisgedämpftem Wohnraum dürfte auch die Personalgewinnung erfolgreicher

verlaufen. Kostensteigerungen im Bausektor dürfen beim Wohnungsbau genauso wenig ein Hinderungsgrund sein wie beim erforderlichen Schulbau.

Dr. Barbara Grassel

Beate Ullrich-Graf

Thomas Völker

gemeinsame Anträge LINKE und FWG:

1 Produkt 3001 Rechtsberatung und -betreuung

Es sind Mittel in Höhe von 50T Euro für Anwalts-, Gerichts- und Gutachterkosten für das **Planfeststellungsverfahren „Ultramet“** einzustellen.

2. Zuschuss Gerichtsverfahren gegen L 3011-Sperrung

wie vorliegender FWG-Antrag